

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1887**

13.5.1887 (No. 113)

# Karlsruher Zeitung.

Freitag, 13. Mai.

№ 113.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. Einrückungsgebühr: die gepaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1887.

## Amflicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 3. Mai d. J. gnädigt bewegen gefunden, dem Fürstlich Hohenzollern'schen Hofammerrath Grimm in Sigmaringen das Kommandeurkreuz 2. Klasse und dem Fürstl. Hohenzollern'schen Hofammerrath Strehle daselbst das Ritterkreuz 1. Klasse Höchstihres Ordens vom Jähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 3. Mai d. J. gnädigt bewegen gefunden, dem Lieutenant im Königlich Schwedischen Jägercorps in Wermland Georg Bagge das Ritterkreuz 2. Klasse Höchstihres Ordens vom Jähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigt bewegen gefunden, dem Hofmarschall Seiner Königlichen Hoheit des Erbgroßherzogs von Baden, Freiherrn von Freystedt, die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen des ihm von Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog von Mecklenburg-Schwerin verliehenen Groß-Comthurkreuzes des Greifen-Ordens zu erteilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigt bewegen gefunden, dem Direktor der Kunstgewerbeschule dahier, Professor Hermann Göb, die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen des ihm von Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser und König von Preußen verliehenen Königlich Preussischen Kronen-Ordens 3. Klasse zu erteilen.

## Nicht-Amflicher Theil.

Karlsruhe, den 12. Mai.

Der Zwist zwischen der französischen Regierung und dem Budgetausschusse der Deputiertenkammer hat einen sehr ernsten Charakter angenommen und da der Ausschuss trotz der entgegenkommenden Haltung des Ministeriums ablehnt, sich mit dem Budget weiter zu befassen, so wird Anfangs nächster Woche das Kammerplenum zwischen dem Ausschusse und der Regierung zu entscheiden haben. Der Ministerpräsident Goblet und der Finanzminister Dauphin erschienen gestern Nachmittag vor dem Budgetausschusse. Goblet erklärte, die Regierung wünsche eine Verständigung mit dem Ausschusse und habe deshalb schon auf die Kapitalsteuer verzichtet. Auf den Vorwurf, daß die Regierung keine durchführbaren Reformen vorgeschlagen, müsse er bemerken, daß das Ministerium sein Wort gehalten habe, da es ja schon die Entwürfe betreffend die Mobilsteuer und betreffend die Unterpräfecten eingebracht habe. Wenn die Kammer den ersteren verwerfe, so werde die Regierung sich nach anderen Hilfsquellen umsehen. Es blieben also noch zwei Fragen: Gleichgewicht im Budget und Erparnisse. Was letztere betrifft, so wolle die Regierung ernstlich versuchen, in den Budgets der Marine und der öffentlichen Arbeiten 20 Millionen zu sparen. Was jetzt hätten die betreffenden Minister dieses noch nicht erzielen können. Seit 1880 seien Erparnisse gemacht worden; die für 1888 von der Regierung beantragten Erparnisse betragen 12,750,000 Francs. Hierzu die 13 Millionen betragenden jüngsten Abstriche gerechnet, so ergeben sich 26 Millionen. Für den Augenblick habe die Regierung Alles gethan, was sie für möglich hielt. Der Finanzminister drang auf die Nothwendigkeit, mit dem Budget bald in's Klare zu kommen. Nachdem die Minister sich zurückgezogen, nahm der Ausschuss mit 25 gegen 5 Stimmen, während zwei Mitglieder sich der Abstimmung enthielten, folgende Tagesordnung an: „In Erwägung, daß die zum Budget von 1888 vorgeschlagenen Erparnisse ungenügend sind, geht die Kammer zur Tagesordnung über.“ Der Ausschuss ernannte Pelletan zum Berichterstatter, der seinen Bericht am Montag dem Ausschusse vorlegen wird. Mit dem Beschlusse des Ausschusses war die Brücke zu einer Verständigung zwischen diesem und der Regierung abgebrochen und ein Pariser Telegramm von heute Vormittag meldet denn auch, das Votum der Budgetkommission werde in parlamentarischen Kreisen als ein vollständiger Bruch zwischen der Kommission und dem Ministeriathe angesehen. Das Telegramm fügt hinzu, den Blättern zufolge wäre eine Ministerkrise wahrscheinlich. Eine solche herbeizuführen oder zu vermeiden liegt nun in der Hand des Plenums. Die Situation ist indessen nicht zu berechnen. Nach der Scheu, welche die Deputiertenkammer vor den Folgen einer neuen Ministerkrise wiederholt an den Tag gelegt hat, sollte man annehmen, daß sie es zu einer solchen nicht werde kommen lassen; indessen ist die durch den Beschluß der Kommission geschaffene Lage in jedem Falle eine sehr prekäre.

In Bezug auf die Verhandlungen zur afghanischen Grenzregulierung erfährt die deutsche „St. Petersburger

Zeitung“, daß in der vorgestrigen Sitzung der Grenzkommission nur Einzelfragen von geringerer Bedeutung besprochen worden seien. Die Verhandlungen dürften sich nach der Meinung des Blattes noch länger hinausziehen, da die englischen Delegirten neue Instruktionen erwarten. Die Nachricht desselben Blattes von dem bevorstehenden Abbruche der Erörterungen war somit unbegründet.

Das Reichsversicherungsamt hat folgende Refusentscheidung von allgemeinerem Interesse getroffen: Die Annahme, daß eine durch Betriebsunfall verletzter Arbeiter noch ein Viertel seiner Erwerbsfähigkeit behalten habe, war seitens einer Berufsgenossenschaft mit dem Einweil darauf begründet, daß der Verletzte noch ein Viertel des Betrages der Rente für völlige Erwerbsunfähigkeit — 25 Pf. täglich — zu verdienen in der Lage sei. Dagegen hat das Reichsversicherungsamt in der Refusentscheidung vom 18. März 1887 ausgeführt, daß die Annahme einer verbliebenen Erwerbsfähigkeit von einem Viertel nur dann gerechtfertigt ist, wenn der Verletzte nach dem Unfälle noch ein Viertel von seinem früheren vollen Arbeitsverdienste (und nicht von der Maximalrente von 66 2/3 %) zu erwerben fähig ist.

## Deutscher Reichstag.

\* Berlin, 11. Mai.

Der Reichstag setzte heute die erste Verlesung des Branntweinsteuer-Gesetzes fort. U. v. d. Wedel-Malkow hebt hervor, daß die Deutschkonferenzen voll und ganz auf dem Boden der Vorlage ständen und daß den Interessen der Landwirtschaft gebührend Rechnung getragen worden sei. Er sei von seiner Partei beauftragt, die Verlesung der Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern zu beantragen. Redner erörtert einzelne Bedenken. Richter meint, er hegte keinen Zweifel, daß in der ersten Reichstagsession nach den Neuwahlen die Steuerlast um 200 Mill. Mark werde erhöht werden. Es sei bezeichnend, daß die Nationalliberalen sich für die Höhe der Branntweinsteuer ausgesprochen hätten, ohne zu wissen, was der Zucker bringen werde. Von den 200 Millionen Mark würden 150 Millionen Mark auf den Branntwein entfallen. Der Anschlag von 96 Mill. Mark beruhe auf der Veranschlagung einer zu geringen Ausbeute. Die gegenwärtige Produktion sei in der Vorlage um 1 Million zu wenig veranschlagt. Die Vermehrung dieser Steuern als Konsequenz der Deeresvermehrung hinzustellen sei falsch. Ein Ueberschuß von 47,000,000 Mark werde schon hinreichen, um eine Ueberweisung an die Einzelstaaten zu ermöglichen. Wenn 200 Mill. Mark durch die neuen Steuern erzielt würden, überließen die Ueberweisungen an die Einzelstaaten die Matrikularbeiträge. Wenn das Branntweinsteuergesetz zu Stande komme, werde auch die Forderung der gemeinschaftlichen Biersteuer aufzutreten. Redner wendete sich zur Entschädigungsfrage und erklärte sich gegen die Schadloshaltung der Brenner. Wenn er eine Entschädigung gewähre, so werde er lieber den Brennern bessere Entschädigungen zahlen oder die Brenner mit allen Brennerien auslaufen. Durch die Forderung der dreijährigen Revision werde das Gewerbe zu einem Lotteriespiel gestaltet. Im Text der Vorlage stehe zwar nichts von Monopol; aber es sei die Frage, ob die Gegner des Monopols nicht gegen diese Vorlage sein müßten. Ein neues Prinzip, das praktische Beteiligungs des Staatssozialismus sei, werde hier aufgestellt.

Finanzminister v. Scholz tritt dem Vordredner entgegen und betont, daß der Vordredner im Gegensatz zu den früheren Staatsreden die Finanzzustände richtig geschildert habe. Redner weist darauf hin, daß 41 1/2 Mill. Mark Mehrausgaben über den Reichshaushaltsetat pro 1887/88 aus bevorstehenden, und zwar 5 Mill. für die Reklamerformung, 2,750,000 Mark für die Militärpensionen, 1,200,000 Mark Zinsen für belegte Reichsgelder, 7,900,000 Mark Reichsschuld, 1,150,000 Mark für die Ausführung des Kasernierungsplans, 7,250,000 Mark für das Reichsheer, 9,500,000 Mark Wohnungsgeldzuschuß, 2,760,000 M. für fortdauernde Ausgaben des Reichsheeres, 7 Millionen Mark für die Marine. Für die Deckung dieser Mehrausgaben müsse bei Zeiten Sorge getragen werden. Je mehr wir uns im Konsum den bayerischen Verhältnissen nähern, desto leichter werde der Uebergang der Süddeutschen zur norddeutschen Branntweinsteuergemeinschaft sein. Im Gegensatz zur Auffassung des Vordredners, daß die Vortheile der Vorlage nur den Kartoffelbrennern zugute kämen, führt er aus, daß alle Brenner Vortheile aus der Vorlage zögen, und widerlegt die Behauptung des Vordredners, daß der Großgrundbesitz ein Privilegium erhalte. Die gewerblichen Brennerien seien nicht immer als ein Segen für das Land anzusehen. Die Regierung habe vermieden, das Wort „Kontingentierung“ zu wählen, denn das Gesetz habe nicht eine Kontingentierung, sondern eine Steuerabstufung im Auge. Die Steuerabstufung und die gewollte Preissteigerung bedeuteten aber keine Entschädigung. Wir schügen nicht nur die an dem Kartoffelbau Beteiligten, sondern auch die wirtschaftlichen Interessen und die Existenz der ganzen Landwirtschaft. Vor der Gefahr solle man doch nicht erschrecken, daß im § 3 ein Anreiz zur Anlage von neuen Brennerien liegt. Zum Schluß berührte Redner die Frage der dreijährigen Revision und bestritt eine Aehnlichkeit der Vorlage mit dem Monopol.

Miquel gibt zu, daß ein Steuergesetz, das, wie dieses, große Gegensätze ausgleichen solle, an einzelnen Punkten schwach sein müsse. Es komme aber darauf an, mit welchen Augen man ein Gesetz ansehe. Die 200 Millionen Mehreinnahmen, die Richter ausrechnet, seien notwendig, um Ausgaben, zu denen auch die Freiwirtschaften mitgewirkt hätten, zu decken. Es gehe nicht, bloß Ausgaben zu bewilligen und sich dann gegen die Einnahmen zu sträuben. Die Bedürfnisfrage der Vermehrung von neuen Wirteln sei für ihn notorisch. Redner bestritt, daß der Branntwein ein notwendiges Lebensmittel sei und wünscht, daß der übermäßige Genuß von Branntwein verhindert werde. Ein Damm müsse aufgerichtet werden, um das Volk gegen die Branntweinpest zu schützen. Er lasse sich bezüglich der Frage der Rekti-

fikation nicht mehr auf die zukünftige Regelung auf dem Gebiete des Nahrungsmittelsgesetzes verweisen, sondern wolle Garantien in diesem Gesetze. Redner plaidiert für das englische System, nach welchem nur große Brennerien existieren, und meint, daß der Westen und Süden bei der Vorlage schlecht wegkomme. Die Reform der Maßsteuer biete eine ausgleichende Gerechtigkeit gegen die Begünstigung des Ostens. Ueber die Höhe der Differenz behalte er sich freie Entschließung vor. Hier liege keine Brennerfrage, sondern Kartoffel- und Kulturfrage vor, es würde grausam und schlimm sein, wenn die Regierung mit rauher Hand in die Interessen der am Kartoffelbau Beteiligten eingriffe. Unsere Wähler werden begreifen, daß es sich hier um einen großen sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt handelt. Werden dem Staat fügen wolle, müsse diese Einnahmen bewilligen. Die Sparsamkeit dürfe nicht so weit gehen, daß der Arme nicht einen Theil der Genüsse, die der Reiche besitze, habe. (Lebhaften Beifall.)

Szula spricht sich für die Vorlage aus. Die erste Berathung wird geschlossen und die Vorlage an eine Kommission verwiesen. Schluß der Sitzung 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. Tagesordnung: Innungsnovelle u. s. w.

## Deutschland.

\* Berlin, 11. Mai. Seine Majestät der Kaiser begab sich heute Vormittag 11 Uhr nach dem Tempelhofer Felde und besichtigte dort das Garde-Schützen- und das Garde-Pionier-Bataillon sowie das Kaiser-Alexander-Regiment. Nach seiner Rückkehr hatte der erlauchte Monarch eine Besprechung mit dem Wirkl. Geheimrath v. Wilnowski und empfing den Feldmarschall Grafen Moltke, den Fürsten Pleß und den zum General ernannten Prinzen Albert von Altenburg. Morgen Abend findet eine Abendgesellschaft im kaiserlichen Palais statt.

Seine kaiserliche Hoheit der Kronprinz wird nach beendetem Kurlgebrauch in Bad Ems am Sonntag früh mit den Herren seines Gefolges auf der Wildparkstation eintreffen und sich sofort nach dem Neuen Palais bei Potsdam begeben. Die Kronprinzessin trifft mit den Prinzessinnen Victoria, Sophie und Margarethe und Gefolge bereits am Freitag früh aus Ems in Potsdam ein, woselbst die Kronprinzliche Familie von dann ab ihren Sommeraufenthalt nimmt.

Der Staatssekretär des Auswärtigen, Graf Herbert Bismarck, ist heute Vormittag, einer Einladung des Vizekönigs von Irland, Generalstatthalters Lord Londonderry, folgend, auf etwa vierzehn Tage zu seiner Erholung nach Irland gereist. In seinen Dienstgeschäften wird er während seines Urlaubs durch den Unterstaatssekretär Wirkl. Geh. Legationsrath Grafen v. Berchem vertreten.

Durch kaiserliche Kabinettsordre ist der Admiral v. Wibeke auf seinen Wunsch zur Disposition gestellt worden.

Zum Regierungspräsidenten in Königsberg an Stelle des zum Unterstaatssekretär nach Straßburg versetzten Herrn Studt ist der Geheime Regierungsrath Freiherr v. d. Rede v. d. Horst, bisher vortragender Rath im Ministerium des Innern, ernannt.

Gutem Vernehmen nach ist der dem Bundesrathe heute zugegangene Gesetzentwurf, betreffend die Rubenzuckersteuer und die Einführung einer Zuckerkonsumsteuer, nicht eine Novelle zum jetzigen Gesetz, sondern eine ganz neue legislativische Arbeit, wodurch die jetzt geltenden einschlägigen Bestimmungen zugleich mit den neuen kodifiziert werden.

Die Novelle zum Gesetze betreffend die Rechtsverhältnisse in den deutschen Schutzgebieten wird in diesen Tagen dem Bundesrathe zugehen. Der Entwurf ist bekanntlich völlig unabhängig von dem kürzlich dem Reichstag zugegangenen Gesetzentwurf betreffend die Rechtsverhältnisse der kaiserlichen Beamten in den Schutzgebieten. Schon aus dem Wortlaut dieser Benennungen dürfte hervorgehen, daß man es hier mit zwei sehr verschiedenen Materien zu thun hat. Während der eine Gesetzentwurf die Pensions- und Ruhestandsverhältnisse der länger als ein Jahr in den Schutzgebieten stationirt gewesenen kaiserlichen Beamten ins Auge faßt, erstreckt das Gesetz betreffend die Rechtsverhältnisse in den deutschen Schutzgebieten sich auf alle in diesen Gebieten anhaltenden Europäer überhaupt, hat aber allerdings in seiner Anwendung zu einigen Unzuträglichkeiten geführt, welche damit zusammenhängen, daß die Rechtspflege in den Schutzgebieten zu sehr nach Maßgabe der in den deutschen Konsularbezirken bestehenden Normen eingerichtet ist, ungeachtet die Entwicklung unserer Schutzgebiete noch in den Anfängen der Civilisation, also den deutschen Konsulargerichtsbezirken erheblich nachsteht. Seitens der Kolonialgesellschaften waren an maßgebender Stelle Anträge auf entsprechende Abänderungen des Gesetzes eingegangen und der Gesetzentwurf soll den gerügten Uebelständen Abhilfe schaffen.

Die vereinigten Ausschüsse des Bundesrathe für das Landheer und die Festungen, für das Seewesen und für Rechnungswesen hielten heute eine Sitzung ab. Morgen (Donnerstag) wird die gewöhnliche Wochenplenaritzung des Bundesrathe stattfinden.

Das Abgeordnetenhaus genehmigte heute die Vorlage über die Kreisheilung in Posen und Westpreußen in dritter Lesung wesentlich nach den Beschlüssen zweiter Lesung; abweichend davon wird die Stadt und der Polizeidistrikt Zerkow dem Kreise Jaroschin überwiesen. Betreffs des Landkreises Posen hat das Haus die Regierungsvorlage wiederhergestellt. Die Theilung des Kreises Neustadt (Westpreußen) wurde mit 145 gegen 144 Stimmen angenommen. Die übrigen, gestern in zweiter Lesung erledigten Gesetzesvorlagen wurden in dritter Lesung definitiv genehmigt. Morgen kommt der Antrag auf Reform der direkten Steuern zur Berathung. Die „Kreuzzeitung“ meldet, der Schluß beider Häuser des Landtages sei gutem Vernehmen nach, für nächsten Samstag in Aussicht genommen.

#### Oesterreich-Ungarn.

Wien, 11. Mai. Der Prinz-Regent Luitpold von Bayern wird am Montag zu einem achtstägigen Besuche hier erwartet. — An der Universität fanden heute abermals Kundgebungen gegen Professor Maassen statt. (Es handelt sich bei diesen Kundgebungen um ein Nachspiel zu der Herrenhausdebatte über die Pragafche Sprachenverordnung. Professor Maassen war im Herrenhaus bekanntlich zu Gunsten dieser Sprachenverordnung eingetreten, in welcher die Deutschliberalen eine Benachtheiligung der deutschen Sprache erblickten. Nicht das am wenigsten Unordentliche an den gegen Professor Maassen in Scene gesetzten Demonstrationen ist der Umstand, daß die letzteren gerade von Studierenden der juristischen Fakultät ausgehen. Mit Recht hat der Rektor in seiner Ansprache an die Studierenden hervorgehoben, daß dieselben an ihren einstigen Lebensberuf denken sollten; manche von ihnen würden vielleicht später als Abgeordnete selber Gesetze schaffen, andere nach den Gesetzen als Richter urtheilen und wieder andere der Verwaltung angehören, welche dem Gesetze Achtung verschaffen soll.) — Graf Andrassy hat sich von Wien nach Pest zurückbegeben. Er erklärte einem Berichterstatter gegenüber, daß er nicht die Absicht habe, in die Zeitungspolemik über die Vorgeschichte des Berliner Kongresses einzugreifen. Das Fremdenblatt konstatirt übrigens heute, daß die Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ keinerlei Spitze gegen Oesterreich enthielten, sondern die Abwehr russischer Verdächtigungen der deutschen Politik bildeten. — Der ungarische Ministerpräsident hat den Gesekentwurf gegen Wahlschreitungen zurückgezogen, nachdem die beiden großen Oppositionsparteien dies in aller Form verlangt hatten. Hierdurch ist der Anlaß zu den erregten Diskussionen und stürmischen Auftritten, mit welchen die Blätter der Opposition drohten, beseitigt und steht einem baldigen Schluß des Reichstages, der für den 22. d. M. in Aussicht genommen ist, kein erhebliches Hinderniß von Seite des Abgeordnetenhauses im Wege. Dagegen steht die Thatsache fest, daß die Oppositionsparteien glauben, kein Gesetz zulassen zu dürfen, welches grobe Ausschreitungen gegen die Freiheit der Wahl beseitigen will. — Ungarn wird sich staatlich und amtlich an der Pariser Ausstellung nicht betheiligen. Man zweifelt der „Köln. Ztg.“ zufolge überhaupt, ob Frankreich an die monarchischen Staaten amtliche Einladungen gerichtet habe, man glaubt vielmehr, daß diese Einladungen nur auf halbamtlichem Wege erfolgt seien, daher auch durch halbamtliche Ablehnung erledigt werden konnten.

#### Italien.

Florenz, 11. Mai. Bei der heutigen Enthüllung der Büste Donatello's wurden mehrere Reden gehalten, darunter auch eine von Geheimrath Jordan, welche beifällig aufgenommen wurde. Der Kronprinz ist Mittags eingetroffen und wurde enthusiastisch empfangen, der König wird heute Nachmittag erwartet.

#### Frankreich.

Paris, 11. Mai. Wie aus London berichtet wird, sprach die Königin von England gestern bei dem kleinen Empfange im Palais dem Botschafter Waddington ihre Befriedigung aus über die herzliche Aufnahme, die sie in Frankreich gefunden. Waddington traf bei derselben Gelegenheit mit Salisbury zusammen, der ihn ersuchte, die Besprechung über die Neuen Hebriden auf heute hinauszuschieben. — Die „République Française“ bekämpft die Militärvorlage des Generals Boulanger als ein abenteuerliches und verwegenes Experiment, welches dazu angethan sei, die innere Organisation der französischen Armee zu zerstören. — Die „Korr. Havas“ meldet über Boulanger's Mobilisationsplan: „Dieser Versuch soll mit einem Armeecorps und einer Eisenbahntheilung vorgenommen werden und wird alle militärischen und Verwaltungsbeamten, sowie auch das Personal der Posten, Telegraphen, Schatzverwaltung, Zollämter, Forsten, öffentlichen Bauten, die an einer wirklichen Mobilmachung theilnehmen würden, mit einbegreifen. Er wird außerdem die Reservisten des Armeecorps, die Disponibeln, die zur Disposition stehende Mannschaft des entsprechenden Theiles der Territorialarmee, mit einem Wort die sämtliche Mannschaft begreifen, welche im Kriegsfall unter die Fahnen treten müßte. Dem ministeriellen Entwurf zufolge würde entweder das 2., 3., 4., 9., 10., 11., 12., 13., 16., 17. oder das 18., mit einem Worte eines der Armeecorps, die nicht an der Landgrenze von Dürenkirchen bis Nizza stationiren, zu diesem Zwecke bezeichnen.“ — In der heutigen Gerichtsverhandlung gegen Toray, Gerant des Blattes „Revanche“, versuchte der Verteidiger die Zuständigkeit des Zuchtpolizeigerichts in Frage zu stellen. Der Gerichtshof erklärte sich jedoch kompetent und setzte einen neuen Termin auf den 25. Mai an. — Jules Ferry ist gestern aus Algier zurückgekehrt.

#### Spanien.

Barcelona, 11. Mai. Die Eröffnung der allgemeinen Ausstellung ist auf den 8. April 1888 verschoben worden.

#### Portugal.

Lissabon, 11. Mai. Der Marineminister hat infolge des gestern gemeldeten Vorfalls — er hatte bekanntlich ein Rencontre mit einem Schiffsoffizier — seine Demission gegeben; die Kammer hat indeß mit großer Majorität ein Vertrauensvotum für das ganze Cabinet angenommen.

#### Großbritannien.

London, 11. Mai. Die Königin empfing vorgestern Nachmittag im Buckinghampalast eine aus etwa 200 Mitgliedern der Korporation von London bestehende Deputation unter Führung des Lordmayors, welche der Monarchin eine Glückwunschkarte anlässlich ihres 50jährigen Regierungsjubiläums überreichte. Für den Parlamentswahlbezirk Nordost-Cork ist eine Neuwahl ausgesprochen, da der Bannellit Leamy sein Mandat niederlegte, angeblich um zu ermöglichen, daß William O'Brien, Redakteur des „United Ireland“, wieder einen Sitz im Unterhause erhält. — Die Berathung der irischen Strafrechtsnovelle schleppt sich Tag für Tag in ganz unabsehbarer Weise hin. Unter der konservativen Partei gewinnt die Meinung an Boden, daß die Regierung das Parlament bald angehen muß, ausnahmsweise Maßnahmen zu treffen, um in der Berathung der Bill weiter zu kommen. Wenn die absichtliche Verhinderung der Vorlage andauern sollte, wird es die Regierung für notwendig erachten, das Haus zu ersuchen, einen Tag für die Vorlage des Berichtes über die Bill festzusetzen; wenn sie zu dieser Zeit nicht erledigt sein sollte, würden sämtliche Amendements sofort vom Sprecher zur Abstimmung gebracht werden. — Das vom Unterhause in der „Times“-Affaire abgegebene Votum, daß der Dillon-Artikel der „Times“ keinen Bruch der Parlamentsprivilegien involvire und die Regierung zur Austragung der Angelegenheit durch eine Verleumdungsklage gegen das genannte Blatt bereit sei, hat eine weiterreichende Bedeutung. In England hatte von jeher die Presse gegen das Parlament einen harten Stand und es war ihr sogar Jahrhunderte lang verboten, auch nur Berichte über die Parlamentsverhandlungen zu bringen. In jeder respektwürdigen Aeußerung der Presse über eines seiner Mitglieder hat von jeher das Parlament einen Bruch seiner Privilegien erblickt und sich Genugthuung zu verschaffen gewünscht; denn das Parlament ist in Privilegienfragen ein Gerichtshof, welcher von allen schützenden Formen emanzipirt und im Stande ist, Leute auf dem Wege der Resolution einsperren zu lassen. Die „Times“ haben schon öfters wegen ähnlicher Dinge mit dem Parlament zu kämpfen gehabt; so wurde z. B. am 19. April 1831 ihr Drucker zu einer Geldbuße von 100 Pf. St. (2000 M.) verurtheilt und auf unbestimmte Zeit in Newgate eingesperrt, weil er den Earl von Rimerid „ein Ding, welches Anspruch darauf mache, ein Mensch zu sein“, genannt hatte. In England sieht man übrigens nachgerade selber das Mißliche dieser Art von Privilegien-Jurisdiktion ein, welche eine Autorität wie Lord Brougham charakterisirt als „eine Verletzung aller Verfassungsprinzipien, weil der Beleidigte selbst Richter in eigener Sache ist, dem Angeklagten keine Jury zur Seite steht und er sich selbst beschuldigen oder, will er straflos sein, den Gegenbeweis seiner Unschuld führen muß, und endlich auch um deswillen, weil die Verurtheilung nicht auf Grund bestehender Gesetze, sondern von ex-post-facto-Doktrinen und Resolutionen erfolgt.“ Die Entscheidung des Unterhauses ist also geeignet, diese unberechtigte Sonderstellung des englischen Parlamentes zu untergraben. — Die Kolonialkonferenz hat nach einmonatlicher Arbeit nunmehr ihre Beratungen geschlossen. Der „Standard“ hat über das Resultat beinahe vollständig einen Bericht veröffentlicht, welcher von einem Regierungsmitgliede im Oberhause, wenn auch nicht im Detail, doch der Hauptsache nach für richtig erklärt worden ist. Den Kern der Beratungen bildete bekanntlich die Verteidigungsfrage der großen australischen Kolonien; darüber wurde die Einigung erzielt, daß England sich verpflichtete, denselben außer dem gewöhnlichen Geschwader noch sechs Kriegsschiffe für die Küstenverteidigung zur Verfügung zu stellen. Ueber die Fragen von minderer Wichtigkeit wie die Anlage von Kohlenstationen in Hinterindien, am Cap, auf Ceylon und Mauritius, sodann über die Entwicklung des maritimen Verkehrs zwischen den Kolonien und dem Mutterlande, wurden im Laufe der Debatten theils gewisse Abmachungen getroffen, theils solche vorbereitet. Wie verlautet, sollen jedoch die Delegirten der Kolonien im großen Ganzen von den Ergebnissen der Konferenz nicht sonderlich befriedigt sein; vornehmlich beklagen sie sich, daß das englische Cabinet in der Hebridenfrage weit mehr bemüht sei, den europäischen Standpunkt, insbesondere das Verhältnis zu Frankreich, als die Interessen der Kolonisten zu wahren. In einer der letzten Unterhausitzungen theilte der Sekretär für die Kolonien mit, die Kolonialkonferenz habe den Gesekentwurf der Regierung, betreffend die Verwaltung Neu-Guinea's gebilligt, es sei jedoch die Sanction seitens der kolonialen Regierungen und der Legislaturen erforderlich und deshalb unerwünscht, schon jetzt Details mitzutheilen; die Interessen der Eingeborenen seien völlig geschützt. — Nach einer hierher gelangten Nachricht ist Stanley am 29. März in Banja-Mundaka am Kongoflusse eingetroffen. Er hat beschlossen, die Route über die Stanley-Fälle einzuschlagen und sich zu bemühen, Wabelai und Emin Pascha mittelst dieser Route zu erreichen. — Reeds Mercury erzählt, daß die irischen Parlamentmitglieder privatim der Regierung haben wissen lassen, daß sie bereit wären, vor einem schottischen Gerichtshof die Times zu belangen, falls dies möglich ist. Erstlich glauben sie, daß in Schottland weniger Vorurtheil gegen Irland herrscht, als in England, und zweitens kann in Schottland ein Wahrspruch gefällt werden mit einfacher Stimmenmehrheit. Auch spricht man

davon, daß der „Times“ der Prozeß gemacht werden soll, abgesehen von den irischen Mitgliedern. — Dieselbe Meldung enthält der Manchester Courier: „Die bestinformirten Mitglieder der konservativen Klubs halten es für ausgemacht, daß in wenigen Tagen ein gerichtlicher Prozeß gegen die „Times“ angestrengt werden wird. Die Bannelliten haben sich dessen gewieert, aber andere sind in der Lage, es zu thun. Wenn Gladstone eine gründliche Untersuchung verhindern wollte, so würde er Gefahr laufen, einen Theil seiner Anhänger zu verlieren, welche für ihn am werthvollsten sind. In allen Kreisen der Londoner Gesellschaft herrscht eine erbitterte Stimmung gegen die Bannelliten, indem man meint, daß die Behauptungen der „Times“ durch die Art und Weise, wie sie von den liberalen Politikern aufgenommen worden seien, im Grunde nur eine Bestätigung erfahren haben.“

In England wird jetzt viel von der „Entdeckung“ eines neuen Land- und Seeweges nach Indien und China über Canada geredet. Schon vor fünf Monaten erbot sich ein Londoner ostasiatisches Handelshaus im Auftrage der canadischen Regierung zum Bau von Dampfern, die den Verkehr zwischen der Bancouver-Insel und Japan, China und Indien vermitteln sollten. Unterdessen hat dieser Vorschlag eine greifbare Form angenommen, sodaß Lord Harrowby im Oberhause eine eingehende Erörterung desselben anregen konnte. Die canadische Pacificbahn-Gesellschaft ist erbötig, unter der Oberaufsicht des hiesigen Marineamtes fünf Dampfer erster Klasse von 18 Knoten Geschwindigkeit zu erbauen, die sich zum Transport und zur sofortigen Umgestaltung in bewaffnete Kreuzer eignen; dieselben sollen die japanische und chinesische Post kostenfrei und Truppen und Kriegsmaterial zum Selbstkostenpreise befördern, vorausgesetzt, daß England dazu 100,000 Pf. Sterl. im Falle einer dreimaligen Monatsfahrt oder 60,000 Pf. Sterl. für eine zweimalige beisteuern würde. Nachträglich nun hat sich dieser Beitrag durch Zuschüsse der canadischen Regierung auf 45,000 Pf. Sterl. verringert; ein Beschluß ist zwar hier noch nicht gefaßt worden, aber die canadische Pacificbahn hat aus eigenen Mitteln drei Dampfer angekauft, die sich schon auf dem Wege von Liverpool nach Bancouver befinden. Damit eröffnet sich denn für den sparsamsten Briten eine glänzende Aussicht auf einen ebenso billigen wie schnellen und angeblich gefahrlosen Weg nach Indien.

#### Türkei.

Konstantinopel, 11. Mai. Die bekanntlich bereits zweimal verschobene Audienz des russischen Botschafters, Herrn v. Melidoff, beim Sultan hat am vergangenen Freitag nach der Selamlit-Zeremonie stattgefunden. Die Audienz, welche von mehr als einhundert Dainen war, soll einen überaus freundlichen Charakter gehabt haben. Ueber den Verlauf und das Ergebnis der Unterredung des russischen Botschafters mit dem Sultan ist bisher nichts in die Oeffentlichkeit gedrungen. Nach der Uebersetzung der politischen Kreise Konstantinopels kann die Audienz in erster Linie nur die bulgarische Frage zum Gegenstande gehabt haben und man erwartet, daß dieselbe nicht ohne Einfluß auf die weitere Entwicklung der bulgarischen Krise bleiben werde. Die mehrfach aufgetauchte Behauptung, daß der Sultan Herrn v. Melidoff zum Erscheinen im Palaste eingeladen habe, ist unrichtig, und die „Polit. Korr.“ versichert, daß der russische Botschafter um den Empfang seitens des Sultans angeht hat.

#### Griechenland.

Athen, 11. Mai. Der König, die Königin und der Kronprinz sind gestern in Kalamata eingetroffen und von der Bevölkerung begeistert empfangen worden.

#### Amerika.

\* Die in Amerika von gewisser Seite seit Jahren unterhaltene Bewegung gegen die deutsche Auslegung des Bancroftvertrages scheint jetzt auch dort mehr und mehr an Boden zu verlieren. Es handelt sich dabei bekanntlich um diejenigen jungen Leute, welche vor Beginn der Heeresdienstpflicht nach Amerika auswandern, fünf Jahre in Amerika bleiben, amerikanisches Bürgerrecht erwerben und dann nach Deutschland zurückkehren. Sie brüsten sich dann hier damit, daß sie Amerikaner sind, daß sie deshalb wieder in Amerika noch in Deutschland als Soldat zu dienen brauchen, und erregen dadurch Mißvergnügen bei ihren dahingebliebenen Genossen. Solche Leute sind von der Reichsregierung mehrfach ausgewiesen worden. In Amerika widersprach man nun sehr lebhaft der deutschen Auslegung des Art. 4 des Bancroftvertrages, welche behauptete, daß dieser Artikel keiner derartigen Person das Recht gibt, zwei Jahre in Deutschland zu bleiben, sondern nur früheren Deutschen verbietet, länger als zwei Jahre sich in Deutschland aufzuhalten. Der „New-York Herald“ gibt jetzt zu und führt aus, daß ein in Amerika naturalisierter Deutscher, wenn er die alte Heimath besucht, auf Anerkennung und Schutz als amerikanischer Bürger nur dann Anspruch hat, wenn er die ehrliebe Absicht hegt, Amerikaner zu bleiben, nicht aber, wenn er sich des amerikanischen Bürgerrechts nur als eines Deckmantels bedient, um ungestört in seinem Geburtslande leben zu können. Die deutsch geschriebene „New-Yorker Staatsz.“ behandelt die Frage in demselben Sinne.

— Eine auch das Ausland interessirende Angelegenheit ist die geplante Aenderung der Verfassung der Republik Mexiko in Bezug auf die Wiedererwählung eines im Amte befindlichen Präsidenten. Die Konstitution jenes Landes, so äußert sich hierüber die „N. Y. H. Z.“, verbietet nämlich, daß ein Bürger zwei aufeinander folgende Termine hindurch das Amt eines Präsidenten der Republik bekleiden darf. Da nun unter den Anhängern des gegenwärtigen Präsidenten Porfirio Diaz, welche sehr zahlreich sind, der Wunsch vorherrscht, denselben nach Ablauf seines gegenwärtigen Amtstermins an der Spitze des Landes zu behalten, hat das Haus des Kongresses ein Amendement zur Konstitution angenommen, welches die Wiedererwählung eines Präsidenten vor Ablauf seines ersten Amtstermins zu einem zweiten solchen Termin gestattet. Da das Haus das betreffende Amendement mit großer Majorität votirt hat, wird auch der Senat dasselbe gutheißen, und daß diese Verfassungsänderung, wenn dieselbe, wie gesetzlich vorgeschrieben, den einzelnen Staaten zur Begutachtung unterbreitet wird, von denselben ratifizirt werden wird, kann, nach Ansicht von Leuten, welche die mezi-

kanischen Verhältnisse kennen, seinem Zweifel unterliegen, da Diaz einestheils bei der Bevölkerung im Allgemeinen sehr populär ist und es andererseits den Mexikanern, namentlich denjenigen, welche weiter entfernt von der Hauptstadt leben, im großen Ganzen ziemlich gleichgültig ist, wer den Präsidentenstuhl einnimmt. Für Mexiko selbst könnte die Fortsetzung der Administration Diaz' nur von Vorteil sein, denn der Letztere hat bekanntlich außerordentlich viel zur Verbesserung der finanziellen Lage der Republik und zur Hebung von Handel und Industrie gethan. Wie indessen von gut unterrichteter Seite berichtet wird, soll sich Porfirio Diaz wirklich nichts aus einer Verlängerung seines Amtstermines machen. Denn im Fall er eine Wiederwahl ernstlich ablehnen sollte, würde sein Schwiegervater, Romero Rubio, der gegenwärtige Premierminister, zu seinem Nachfolger erwählt werden, und wenn dies geschehe, würde Diaz die „power behind the throne“ bleiben, d. h. es würde seitens der Regierung nach wie vor nichts ohne seine Zustimmung geschehen können. Nach Ablauf des Rubio'schen Amtstermines könnte dann Diaz sofort er dies wollte, mit Leichtigkeit wiederum zum Präsidenten gewählt werden, da er bei seiner außerordentlichen Popularität jeden Gegenkandidaten aus dem Felde schlagen würde. Man darf jedenfalls gespannt auf die Entwicklung der Angelegenheit sein.

## Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 12. Mai.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog ertheilte heute Vormittag dem Großh. Kammerherrn Rittmeister a. D. Grafen von Hennin von Freiburg und dem General-Lieutenant von Verdy, Gouverneur der Festung Straßburg i. E., Privataudienz.

Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin begaben sich um 10 Uhr 45 Minuten nach Baden-Baden zum Besuch Ihrer Großherzoglichen Hoheit der Prinzessin Marie von Baden Herzogin von Hamilton und Ihrer Königlichen Hoheit der Fürstin Josephine von Hohenzollern und trafen nach 2 Uhr Nachmittags wieder in Karlsruhe ein.

Hierauf hörte der Großherzog die Vorträge des Legationssekretärs Freiherrn von Babo und des Staatsraths Freiherrn von Ungern-Sternberg.

Abends 7 Uhr 20 Minuten reiste Ihre Königliche Hoheit der Großherzogin nach Berlin ab. Seine Königliche Hoheit der Großherzog begleitete Höchstselbe bis Heidelberg, von wo Seine Königliche Hoheit Nachts hierher zurückkehrt. Die Großherzogin ist begleitet von der Hofdame Freiin von Schönau und dem Oberstammerherrn Freiherrn von Gemmingen. Der Aufenthalt Ihrer Königlichen Hoheit in Berlin wird voraussichtlich 14 Tage in Anspruch nehmen.

Ihre Königlichen Hoheiten der Erbprinzessin und die Erbprinzessin sind gestern in Mailand bei schönstem Wetter wohlbehalten eingetroffen und gedenken heute Griech zu erreichen.

Seine Excellenz der Präsident des Großh. Finanzministeriums, Herr Geheim Rath Ellsäcker, ist heute aus Berlin wieder zurückgekehrt.

(Badisch-Württembergische Rundreisebillet.) Durch die Eröffnung der Bahnlinien Wörsch-Schiltach und Schiltach-Freudenstadt ist eine weitere günstige Gelegenheit zu Ausflügen in den badischen und württembergischen Schwarzwald gegeben worden.

Zur Erleichterung des Verkehrs in dieser Richtung sind besondere Rundreisebillet für eine kleinere und für eine größere Tour, nämlich:

a. für die Strecke Karlsruhe-Rastatt-Appenweier-Offenburg-Hausach-Freudenstadt-Carlswald-Forsheim-Karlsruhe zum Preis von 10 M. 75 Pf. in II. Klasse und 7 M. 15 Pf. in III. Klasse und

b. für die Strecke Karlsruhe-Rastatt-Appenweier-Offenburg-Hausach-Freudenstadt-Stuttgart-Forsheim-Karlsruhe zum Preis von 13 M. 40 Pf. in II. Klasse und 8 M. 90 Pf. in III. Klasse zur Einführung gelangt.

Diese Rundreisebillet, welche auf sämtlichen vorgenannten Stationen zum Verkauf aufliegen, sind 3 Tage gültig; die Sonntage und die beiden christlichen Konfessionen gemeinsamen Feiertage werden jedoch bei der Berechnung der Gültigkeitsdauer nicht mitgezählt.

Schon (Mittheilungen aus der Stadtraths-Sitzung) vom gestrigen Tage. Die deutsche Edison-Gesellschaft für angewandte Elektricität in Berlin wendet sich an den Stadtrath wegen Einleitung von Verhandlungen bezüglich der Einführung der elektrischen Beleuchtung in hiesiger Stadt. Es soll erwidert werden, daß die Einführung fraglicher Beleuchtung z. B. nicht beabsichtigt sei. Eine Anzahl Grundbesitzer an dem Schwimmschulweg suchen um Verstellung der Kanalisation in der Straße nach. Der Stadtrath beschließt, dem Gesuch in dem Falle zu entsprechen, wenn die Angreifer sich verpflichten, die Kanalkostenbeiträge mit 40 Mark vom laufenden Meter Frontlänge, sowie die Kosten für Herstellung der Straße alsbald nach Vollendung der Arbeiten an die Stadtkasse zu zahlen. An Kanalkostenbeiträge wurden im Monat März d. J. 8026 M. 21 Pf. zur Zahlung fällig, welche der Stadtkasse in Einnahme geblieben sind. Nachdem die Geländeverkehrsverhandlungen zur Herstellung der Kriegstraße westlich der Westendstraße zu einem Resultat nicht geführt haben, soll von Herstellung fraglicher Straßenstrecke bis auf Weiteres Umgang genommen werden. Es ist beabsichtigt, zum Abwiegen der Waaren auf dem Markte eine geeignete Persönlichkeit als Waagmeister zu bestellen, die auch die Waage, welche leicht transportabel sein soll, anzuschaffen hätte, wogegen der Ernante die Waagegebühren beziehen würde. Nach unläufiger Amtszeit der Mitglieder der verschiedenen Kommissionen wird zur Neuerennung derselben auf weitere 3 Jahre geschritten. Es werden mit einigen wenigen Ausnahmen die bisherigen Mitglieder wieder ernannt. Neu treten in die Kommissionen ein: Herr Partikular Ludwig Händel als Bezirksvorsteher in den Armenrath an Stelle des zurückgetretenen Herrn Hofgärtner a. D. Vober, Herr Stadtrath Nagel in die Einquartierungs-Kommission, Herr Stadtrath Ganter in die Festkommission, Herr Stadtrath Mayer in den Verwaltungsrath der Spar- und Pfanleibkassen und der Hypothekbank und Herr Stadtrath Schüller in den Ortsgesundheitsrath. Im hiesigen Krankenhaus betrug auf 1. April der Krankenbestand 192 Personen, Zugang fand im Laufe des Monats statt von

205 und Abgang von 220 Personen; auf 1. Mai betrug der Bestand an Kranken 177 Personen. Die ärztlichen Leistungen in der ambulativen Klinik beliefen sich im Monat April auf 1775; die Leistungen des Heilgehilfen betragen 503.

(Baden, 11. Mai. Ihre Majestät die Deutsche Kaiserin, Königin von Preußen, trifft am kommenden Samstag, Nachts 11 Uhr, mittelst Extrazuges zu längerem Kurgebrauch hier ein und nimmt wieder im Meißner'schen Hause Absteigequartier. Im Gefolge der Kaiserin werden sich u. A. befinden: die Hofdame Gräfin Münster, die stellvertretenden Hofdame Gräfin Dviersdorff und Vischum, der Kammerherr Graf Fürstenheim, Rabinetsrath von dem Knefbeck, der Leibarzt Geh. Sanitätsrath Dr. Velten, Geh. Hofrath Artelt und die Kammerfrauen Fräulein v. Reindorf und v. Schöler.

(Aus dem Wiesenthal, 11. Mai. Geflügel- und Vogelzuchtverein Rörach. — Zuchtvieh-Prämienmarkt. — Arbeiterhäuser. — Kurort Schweigmatt. — Gastvorstellungen des Meiningenschen Hoftheaters. — Witterung.) In der unlängst in Rörach abgehaltenen Versammlung des „Geflügel- und Vogelzuchtvereins“ des Kreises Rörach hielt Herr Landwirtschaftslehrer Dr. v. Hanstein von Mühlheim einen längeren Vortrag über Aufzucht und Pflege der Hühner. Nach den interessantesten Ausführungen des Redners rentirt sich die Hühnerzucht ganz vorzüglich, sofern man den Thieren eine richtige Behandlung angedeihen lasse. Die Auslagen für Futter betragen für ein Huhn jährlich etwa 6 M., wogegen der Ertrag der Eier bei Hühnern unter 3 1/2 Jahren auf etwa 9 M. sich belaufe. Zur Aufzucht dürften nur die besten Gegehühner verwendet werden. Der Redner verbreitete sich hierauf über die Art und Weise der Aufzucht der jungen Hühner, bei der er insbesondere größte Reinlichkeit empfahl. — Der letzten Mittwoch in Schoepheim veranstaltete Zuchtvieh-Prämienmarkt war recht zahlreich besahren. Trotsdem aber eine ziemlich große Anzahl schöner Thiere aufgeführt wurde, konnte im Großen und Ganzen doch nicht behauptet werden, daß die Hebung der Viehzucht in dem Maße fortgeschritten sei, wie man nach den Resultaten der letzten Jahre hätte erwarten dürfen. Von einigen Gemeinden waren sehr schöne Zuchtstücken aufgestellt; verschiedene andere dieser Thiere liegen zu wünschen übrig. Als Preisrichter fungirte zum erstenmal Herr Wechsler aus Mühlheim als Nachfolger des Herrn Kottra. — Wie wir hören, wird die Firma Köchlin u. Baumgartner in Rörach, um den von ihren Arbeitern gegebene Wünsche zu entsprechen, in der Nähe des Schlachthauses auf einem von der Stadtgemeinde zu erwerbenden Plage neue Arbeiterhäuser errichten, was besonders bei der gegenwärtigen Wohnungsnoth, die sich mit Inangriffnahme der Bahnbauten noch nothwendig steigern muß, eine Wohlthat genannt werden darf. — Am letzten Sonntag wurde das unweit des Dorfes Hausen in einer Höhe von 800 Meter am südlichen Abhang der Höhen Mörz gelegene Kurhaus Schweigmatt wieder eröffnet. — Nächster Samstag werden die Gastspielaufführungen des Herzogl. Meiningenschen Hoftheaters am Stadttheater in Basel ihren Anfang nehmen und während eines Monats täglich stattfinden. Da der uns vor drei Jahren gebotene Kunigenuß noch in bestem Andenken steht und Basel das einzige Theater im Oberland ist, an dem die Meiningenschen Vorstellungen geben, so wird der Zug von Fremden auch aus unserem Thale ein ziemlich starker sein. — Die Gewitterregen der letzten Tage haben die Temperatur stark abgekühlt. Infolge dessen wurden bereits in mehreren Abtheilungen getroffen, um bei etwa eintretendem Frost die Rebberge räumen zu können, welche Maßregel bisher glücklicherweise noch nicht vordringen war. Hoffen wir insbesondere auch im Interesse unserer Rebauern, daß die laufende Woche, die uns die gefährlichsten Eismänner bringen wird, ohne Schaden vorübergehen möge.

(Vom Bodensee, 11. Mai. (Gewitter. — Holzhandel.) Nachdem die Temperatur gestern Mittag auf + 13 bis 14 Grad R. gestiegen war, zog sich kurz vor 5 Uhr Abends am westlichen Horizont ein Gewitter zusammen, welches von Regen und heftigem Sturm begleitet war. Um 6 Uhr klärte sich der Himmel wieder auf und das Thermometer zeigte vor Sonnenuntergang noch 10 Grad Wärme. Heute früh hatten wir + 8 Grad R. bei abnehmendem Luftdruck zu verzeichnen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Tendenz zu weiteren Niederschlägen in der laufenden Woche die Oberhand behalten wird, wenigstens erhebliche Kältefälle in den nächsten Tagen kaum zu befürchten sein dürften. — Der Verbands von Bauholz auf der oberen Seegegend ist fortwährend bedeutend. In jüngster Zeit wurden ins-

besondere nach Mannheim viele Tannenstämmen verladen. Nach der Schweiz gehen hauptsächlich Sägelöcher von etwa 6 Meter Länge, da der Eingangszoll für Bretter, Dielen und Latten beträchtlich dahelbst erhöht worden ist. Die Sägemühlen in Stockach, Espalingen, Bahlwies, Drisingen und die neuerrichtete Dampfsägemühle Böhlingen sind ununterbrochen in lebhaftester Thätigkeit.

## Verchiedenes.

— Leipzig, 11. Mai. (Die Grundsteinlegung zum Bau des Reichsgerichts) ist, nach einer Mittheilung, welche der „Köln. Ztg.“ von hier zugeht, bis zum Spätkommer verschoben.

## Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Berlin, 12. Mai. In der heutigen Sitzung des Bundesraths wurde der Gesetzentwurf über die Zuckersteuer den zuständigen Ausschüssen zur Vorberathung überwiesen.

Berlin, 12. Mai. Der Reichstag genehmigte den Nachtragsetz betreffend die Forderung für den Umbau des Botschaftergebäudes in Paris in zweiter Lesung ohne Debatte. Ferner verwies der Reichstag die Novelle zur Gewerbeordnung nach längerer Debatte, an der Wegner, Baumbach, Meißner, Krawinkel, Miquel, Biehl und der Bundeskommissar Geh. Rath Lohmann theilnahmen, an eine Kommission.

Wien, 12. Mai. Die Demonstrationen vor der Wohnung des Professors Maazens (s. Oesterreich-Ungarn) wiederholten sich auch heute; fünf von den tumultuirenden Studenten wurden verhaftet. Heute werden sämtliche juristische Vorlesungen unterbleiben. Infolge dieser Maßregel begab sich heute eine Studentendeputation zum Rektor, um demselben mitzutheilen, die Studentenschaft sei fest entschlossen, die Ordnung in der Universität selbst aufrechtzuerhalten und alle Demonstrationen zu vermeiden.

Paris, 12. Mai. Der Ministerrath lehnte die Tagesordnung der Budgetkommission ab und beschloß, den Ausgang der Verhandlungen abzuwarten, welche Montag oder Dienstag in der Kammer stattfinden.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Harber in Karlsruhe.

## Großherzogliches Hoftheater.

In Karlsruhe: Freitag, 13. Mai. 67. Ab. -Vork. Zum erstenmale wiederholt: „Die Nachrede“, Lustspiel in 4 Akten, von Leop. Günther. Anfang 7 1/2 Uhr.

## Familiennachrichten.

Karlsruhe. Auszug aus dem Standesbuch-Register. Eheschließungen. 12. Mai. Georg Maßler von St. Blasien, Centralassistent hier, mit Elise Komack von hier. — Wilhelm Haingfeld von Darmstadt, Langlehrer in Würzburg, mit Maria Meitzky von Wien. — Theodor Spiegel von Sinsheim, Bäcker in Sinsheim, mit Marie Marg. Eisinger von Hoffenheim.

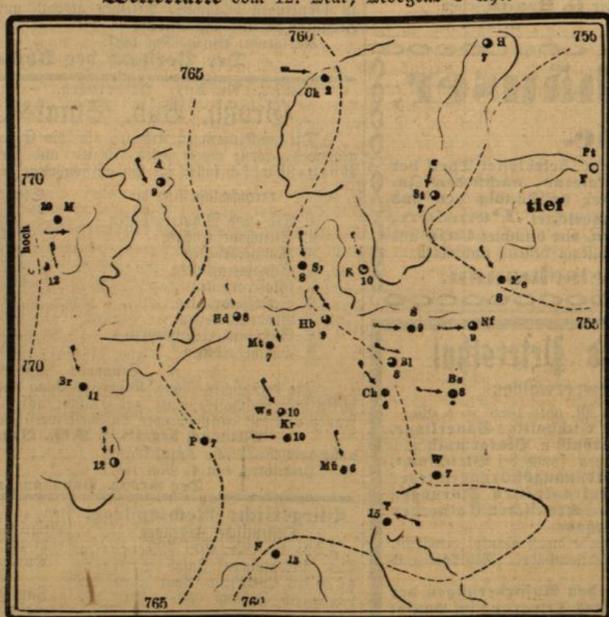
Todesfälle. 9. Mai. Otto, 11 M. 27 J. B.: Köhmler, Schreiner. — Bertha, 6 M. 16 J. B.: Neu, Kaufmann. — 10. Mai. Katharina, Ehefrau von Rangassistent Leibold, 30 J. — Karl, 1 J. 1 M. B.: Jeger, Kaufherr. — 11. Mai. Alfred, 7 M. 2 J. B.: Jäger, Handelsmann. — Emilie Heilig, ledig, Privatlehrer, 60 J. — Mathilde Baumert, id., 21 J. — 12. Mai. Pauline, Ehefrau von Perlemann, Wanderverst. a. D., 33 J. — Elise, 1 J. 6 M. 28 J. B.: Hoffmann, Dreher. — Luise, Ehefrau von Geh. Regierungsrath Godel, 71 J.

## Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

Barom. mm	Therm. in C.	Wind. in C.	Relative Feuchtigk. in %	Wind. in %	Simmel.
11. Nachts 9 U.	753.3 + 9.6	80	89	W.	bedeckt
12. Morgs. 7 U.	752.4 + 9.2	64	74	SW.	"
12. Mittags. 2 U.	751.4 + 8.5	73	88	SW.	"

1) Regen = 1.0 mm der letzten 24 Stunden. 2) Regen. Wasserstand des Rheins. Mainz, 12. Mai, Morgs. 4.33 m, gefallen 10 cm.

## Wetterkarte vom 12. Mai, Morgens 8 Uhr.



Uebersicht der Witterung. Während das barometrische Maximum im Westen sich wenig verändert hat, ist die Depression im Osten nordwärts nach dem finnischen Busen fortgeschritten. Bei leichter bis frischer westlicher bis nordwestlicher Luftströmung ist das Wetter über Deutschland kühl und vorwiegend trübe, an der Küste haben stellenweise im Binnenlande allenthalben Regenfälle stattgefunden. In Nord- und Mitteldeutschland liegt die Temperatur 1 bis 5, in Süddeutschland 3 bis 7 Grad unter der normalen, indessen wird Nachfröste oder Reifbildung von keiner deutschen Station gemeldet. (Deutsche Seewarte.)

## Frankfurter telegraphische Kursberichte vom 12. Mai 1887.

Staatspapiere.		Bahnaktien.	
4% Deutsche Reichs-anleihe	106.05	Staatsbahn	181 1/2
4% Preuss. Kons.	106.00	Lombarden	60 1/2
4% Baden in fl.	103.40	Galizier	164.40
4% in M.	104.85	Elbthal	132 1/2
Deherr. Goldrente	89.95	Weserbahn	136.80
Silberrent.	65.90	Hess. Ludwigsbahn	—
4% Ungar. Goldr.	80.80	Köln-Mindener	102.60
1877 Ruffen	96.40	Bayr. Staatsbahn	—
1880r	82.90	Weserbahn	163.97
II. Orientanleihe	55.60	London	20.87
Italiener compt.	96.90	Paris	80.77
Ägypter	75.70	Wien	160.42
Spanier	65.20	Napoleonsdor	16.16
6% Serben	78.80	Privatdisconts	2.00
Kreditaktien	224 1/2	Had. Zuckerfabrik	74.50
Disconts-Kommandit	194.20	Kreditaktien	224 1/2
Baier. Bankver.	152.90	Staatsbahn	181 1/2
Darmstädter Bank	137.80	Lombarden	60
6% Serb. Hyp. Ob.	80.25	Tendenz:	still.

Berlin.		Wien.	
Deft. Kreditakt.	449.50	Kreditaktien	281.00
Staatsbahn	363.50	Marknoten	62.30
Lombarden	140.50	Tendenz:	fest.
Discont-Kommand.	194.10	Paris.	—
Laurahütte	69.00	4 1/2% Anleihe	—
Dortmunder	52.20	Spanier	65 1/2
Marienburg	46.20	Ägypter	375.00
Weserbahn	—	Ottomane	504.00
Tendenz:	—	Tendenz:	—

**Todesanzeige.**  
 F. 521. Karlsruhe.  
 Heute Vormittag 9 Uhr  
 entschlief nach langem Lei-  
 den im 72. Lebensjahre unsere  
 theuere umhergelebte Gattin, Mut-  
 ter, Großmutter und Schwieger-  
 mutter,  
**Frau Luise Gockel,**  
 geb. Lautenschlager.  
 Verwandten und Freunden wid-  
 men wir diese Mittheilung an  
 Stelle jeder besonderen Anzeige.  
 Karlsruhe, den 12. Mai 1887.  
 Christian Gockel,  
 Scheimer Regierungsrath a. D.  
 Christian Gockel,  
 Oberst-Lieutenant a. D.  
 Eduard Gockel,  
 Bahnbau-Inspektor.  
 Bertha Gockel,  
 geb. Schumacher, nebst 2 Söhnen.  
 Otto Gockel,  
 Oberförster.

Die Beerdigung findet Freitag  
 den 13. ds., Nachmittags 1/2 4 Uhr,  
 statt.

**Todesanzeige.**  
 F. 525. Emmendingen.  
 Theuernehmenden Freunden  
 und Bekannten die schmerz-  
 liche Nachricht, daß unser liebes  
 Kind

**Richard**  
 heute Nacht 1/2 2 Uhr im Alter von  
 1 1/2 Jahren sanft entschlafen ist.  
 Dies statt besonderer Anzeige.  
 Emmendingen, 12. Mai 1887.  
 Baumeister  
 Rudolf Burckhardt u. Frau.  
 E. 406.3. Nr. 176. Karlsruhe.

**Aufforderung.**  
 Nach Vorschrift der Stiftungsurkunde  
 vom 19. Januar 1819 des verlebten  
 Elias Wörmer sollen die aus dem  
 Stiftungskapital von 6000 fl. am 23.  
 April 1889 fällig werdenden Zinsen zur  
 Aussteuer eines armen Mädchens aus  
 der Verwandtschaft des Stifters ver-  
 wendet werden.  
 Die hiernach geeigneten Bewerberin-  
 nen werden daher aufgefordert, sich mit  
 ihren desfallsigen Gesuchen unter An-  
 fügung obrigkeitlicher Zeugnisse über  
 ihre Vermögensumstände, ihr Alter, sitt-  
 liches Betragen und ihr Verwandtschafts-  
 verhältnis zum Stifter binnen 6 Wo-  
 chen hierzu zu melden.  
 Karlsruhe, den 3. Mai 1887.  
 Synagogengerath.  
 A. Bielefeld.

**Ein Notariatsgehilfe,**  
 welcher mit selbständiger Fertigkeit  
 aller Notariatsgeschäfte vollkommen  
 vertraut ist, sucht, da sein bisheriger  
 Prinzipal sich in Ruhestand begeben  
 hat, anderweitige Stelle.  
 Gefällige Offerten unter K. S. F. 2.  
 an die Expedition dieses Blattes er-  
 beten.  
 F. 353. 4.

**Glabbacher Feuerversicherungs-Aktien-Gesellschaft.**

**Jahres-Rechnung für 1886.**  
**Gewinn- und Verlust-Conto.**

A. Einnahme		B. Ausgabe	
1. Prämien (abzüglich Risikoprämie):		1. Prämien-Übertrag	1 193 071 191
a. Übertrag aus 1885	1 136 405 369	ab: Provision und Rückversicherungs-Antheile	1 327 300
ab: Provision und Rückversicherungs-Antheile	826 538		831 665
b. für im Jahre 1886 abgeschlossene Versicherungen	1 032 116 530	2. Prämie für Rückversicherungen abzüglich Provision	394 887 567
		3. Provisionen und Verwaltungskosten	
2. Schadenreserve aus 1885	2 168 521 899	4. Steuern und Verwendungen zu gemeinnützigen Zwecken	
3. Ertrag der Geldanlagen, abzüglich Markt 1144,10 Kursverlust		5. Schäden:	
4. Diverse andere Einnahmen		a. bezahlte	
5. Gewinn-Vortrag aus 1885		ab: Antheil der Rückversicherer	1 138 829
		b. beim Jahreschlusse schwebende	564 847
		ab: Antheil der Rückversicherer	152 527
		6. Reingewinn	70 061
		welcher wie folgt vertheilt wird:	
		a. zur Kapital-Reserve	58 349,90
		b. zur Gründung einer Beamten-Pensions- und Unterhaltungs-Kasse	20 000,—
		c. Dividende, Markt 60 pro Aktie = 10%	120 000,—
		der Einzahlung	
		wie vor Markt 198 349,90	
<b>Total der Einnahme</b>	<b>2 685 240</b>	<b>Total der Ausgabe</b>	<b>2 685 240</b>

**Bilanz**  
 am 31. Dezember 1886.

Aktiva		Passiva	
1. Solawechsel der Aktionäre	4 800 000	1. Aktienkapital	6 000 000
2. Guthaben bei den Banquiers	374 971	2. Prämienübertrag	495 634
3. Ausstände bei den Agenturen	148 259	3. Kapitalreserve	516 959
4. Diverse Debitoren	39 319	4. Schadenreserve	82 466
5. Baar	18 388	5. Diverse Kreditoren	135 517
6. Effekten	1 042 237	6. Rest-Dividende für frühere Jahre	450
7. Hypotheken	877 850	7. Dividende pro 1886	120 000
8. Immobilien	70 000	8. Beamten-Pensionskasse	20 000
9. Inventar und Sclilder, abgeschrieben			
	Markt 7 371 026		Markt 7 371 026

M. Glabbach, den 5. Mai 1887.

**Glabbacher Feuerversicherungs-Aktien-Gesellschaft.**

Die Direktion. Der General-Direktor.  
 W. Quad, Thysen.  
 stellvertr. Vorsitzender.

**Geographisches Welt-Lexikon**  
 Enthält jeden nennenswerten Ort der Erde mit Einwohnerzahl nach den neuesten Zählungen, sämtliche Staaten mit politischer Einteilung, Gerichtsbezirke, Handelsbewegung, Münzen, Massen, Gewichte; ferner die Völkerschaften, Berge und Gebirge (mit Höhenangaben), Meere, Inseln, Flüsse, Seen der Erde u. s. w. Neuestes, vollständigstes und billigstes Orts-Lexikon der ganzen Erde. 54 Bog. gr. 8<sup>o</sup> m. ca. 140 000 Art. Man abonniert bei: Vorräthig in der G. Braun'schen Hofbuchhandlung in Karlsruhe. E. 424.2.

**Hotel Tannhäuser, Karlsruhe.**  
 Vorzügliche Lage in Mitte der Stadt, belebtester Theil der Kaiserstraße, gegenüber der Infanterie-Kaserne, nächst dem Hauptbahnhof und dem Theater, 40 Zimmer vollständig neu und komfortabel der Neuzeit entsprechend eingerichtet. Pension, große elegante Restauration, viel besuchtes Café und Billard-Saal, hält sich dem gebildeten Publikum bestens empfohlen.  
 E. 489.1. **Fleischmann.**

**Eisen- und Lithion-Bad Petersthal**  
 im Renchthale des bad. Schwarzwaldes.  
 Eröffnung Mitte Mai. 420 M. oder 1886' n. d. M.  
 Vier verschiedene an Eisen und Lithion reichhaltige Sauerlinge, welche sich vorzüglich bewähren bei Blutverderbnis u. Blutarthrit nach schweren Körper. Leiden und geist. Anstrengungen, sowie bei Bleichsucht, bei Magen-, Leber- u. Milzleiden, bei Verdauungsstörungen jeder Art, Gicht, Nieren- und chronischen Nierenkrankheiten, Störungen in den Sexualorganen (Sterilität), sowie bei chronischen Catarrhen der Schleimhäute der verschiedensten Organe.  
 Mineralbäder, nach Schwarz'scher Methode durch Dampf erwärmt, Douche, Cool-, Gas-, Fichtennadel- und Schwimmbäder; Wolken- und Miltchuren.  
 Das Anwesen ist in jeder Beziehung den Anforderungen der Neuzeit entsprechend eingerichtet. Post und Telegraph im Hause; tägliche dreimalige Postverbindung mit der eine Stunde entfernten Eisenbahnstation Oppenau, sowie mit der Eisenbahnstation Freudenstadt. Wagen zu Ausflügen im Hause.  
 Nähere Auskunft ertheilt der jetzige Eigentümer  
 E. 243. (F. 2327. Q) **Dr. med. Kimmig, Arzt.**

**Badischer Frauenverein.**  
 Unter Bezugnahme auf unsern Aufruf vom 18. März d. J. bringen wir zur öffentlichen Kenntniß, daß die Eröffnung des angehängten Kurfes zur Auszubildung von Landfrauenpflegerinnen auf Dienstag den 17. d. M. festgesetzt ist.  
 Wir ersuchen deshalb die verehrlichen Frauenvereine, Gemeinden oder sonstige Verbände, welche die Theilnahme von Schülerinnen an diesem Kurse zu beantragen wünschen, dieselben alsbald unter Vorlage der erforderlichen Zeugnisse bei uns anzumelden.  
 Karlsruhe, den 6. Mai 1887.  
 Der Vorstand der Abtheilung III. E. 467.2.

**Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.**  
 Die nachgenannten Arbeiten für die Erbauung eines neuen Stationsgebäudes, sowie eines neuen Abtritt- und Defonomiegebäudes auf Station Roth-Malsch sollen im Submissionswege vergeben werden:  
 veranschlagt sind die Stationsgebäude Abtritt- u. Defonomiegebäude  
 1. Erd- und Maurerarbeiten 7334 M. 85 S. 855 M. 60 S.  
 2. Steinmauerarbeiten 1676 M. 35 S. 211 M. 52 S.  
 3. Zimmerarbeiten 2005 M. 73 S. 685 M. 88 S.  
 4. Schreinerarbeiten 1775 M. 52 S. 99 M. 55 S.  
 5. Glaserarbeiten 525 M. 22 S. 10 M. 08 S.  
 6. Schlosserarbeiten 810 M. 20 S. 133 M. 70 S.  
 7. Flechnerarbeiten 468 M. 79 S. 80 M. 84 S.  
 8. Guß- und Eisenwaaren 658 M. 39 S. 45 M. — S.  
 9. Linderarbeiten 534 M. — S. 147 M. 96 S.  
 Summa 15787 M. 05 S. 2270 M. 08 S.  
 Die bezüglichen Pläne, Kostenüberschlag und Bedingungen liegen auf dem diesseitigen Geschäftszimmer zur Einsicht auf und sind Angebote verschlossen, franco und mit entsprechender Aufschrift versehen, längstens bis zu dem auf Mittwoch den 18. I. d. M., Vormittags 9 Uhr, anberaumten Termin einzureichen.  
 Heidelberg, den 4. Mai 1887.  
 Der Großh. Bahnbau-Inspektor.

**Bürgerliche Rechtspflege.**  
 Öffentliche Zustellung.  
 F. 524. I. Nr. 4979. Weinheim.  
 Der Privatmann Jakob Strüzenacker zu Weinheim klagt gegen den Landwirth Johann Adam Kay von Weinheim, s. Zt. an unbekanntem Orten abwesend, und dessen Ehefrau, geborne Götz, s. Zt. in Vörsbach (Hessen), ans Rauf, mit dem Antrage auf Verurtheilung der Beklagten zur Zahlung von 300 Mark nebst 4 1/2 % Zins seit dem 26. Juni 1886, und ladet den Beklag-  
 ten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Großh. Amtsgericht zu Weinheim auf  
 Donnerstag den 23. Juni 1887, Vormittags 9 Uhr.  
 Zum Zweck der öffentlichen Zustellung bezüglich des befl. Eheannes wird die-  
 ser Auszug der Klage bekannt gemacht.  
 Weinheim, den 6. Mai 1887.  
 Fahrländer,  
 Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.  
 Vermögensabsonderungen.  
 F. 495. Nr. 9627. Freiburg. An-

läßlich des Konkursverfahrens über das Vermögen des Vaters Josef Glas in Freiburg hat das Großh. Amtsgericht Freiburg unterm Heutigen erkannt: Die Ehefrau des Vaters Josef Glas, Maria, geb. Schner, wird für berech- tigt erklärt, ihr Vermögen von dem- jenigen ihres Ehemannes abzufordern; auch hat dieselbe die Kosten zu tragen.  
 Freiburg, den 2. Mai 1887.  
 Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Dirler.

E. 486. Nr. 5146. Karlsruhe.  
 Durch Urtheil vom Heutigen wurde die Ehefrau des Konditors Otto Lams Sieber, Frieda, geb. Dill in Bruch- sal, für berechtigt erklärt, ihr Vermögen von demjenigen ihres Ehemannes ab- zufordern. Dies wird zur Kenntniß der Gläubiger gebracht.  
 Karlsruhe, den 28. April 1887.  
 Der Gerichtsschreiber Gr. Landgerichts: Krebs.

**Zwangsvollstreckungen.**  
 E. 490. Karlsruhe.  
**Steigerung- Ankündigung.**  
 Infolge richterlicher Verfügung wird das dem Fabrikanten Friedrich Wilhelm Keller in Freiburg i. B. zugehörige,  
 in der Kaiserstraße dahier, s. Zt. unter Nr. 190 (früher unter Nr. 158), neben Paritätier Karl Weyßhöner und in der Reip- polstraße neben Landgerichtsrath Otto Walli gelegene dreistöckige Wohnhaus (Eckhaus) sammt aller liegenschaftlicher Zugehör einschließlich des Grund und Bodens —  
 angesetzt zu 70,000 Mf.

am **Dienstag dem 31. Mai I. J.,**  
 Nachmittags 3 Uhr,  
 im Kommissionszimmer des Rath- hauses dahier einer öffentlichen Ver- steigerung ausgesetzt, wobei der endgiltige Zuschlag erfolgt, wenn der Schät- zungspreis oder mehr geboten wird.  
 Die näheren Versteigerungsbedingun- gen können inwischen in meinem Ge- schäftszimmer — Kaiserstraße Nr. 141 dahier — eingesehen werden.  
 Karlsruhe, den 2. Mai 1887.  
 Der Vollstreckungsbeamte:  
 Großh. Notar  
 Ott.

**Verm. Bekanntmachungen.**  
 E. 495. Karlsruhe.  
**Groß. Bad. Staats- Eisenbahnen.**  
 Zum Rheinisch-Westfälisch-Badeler Gütertarif vom 1. Januar cr. ist mit Gültigkeit vom 15. Mai cr. der Nach- trag II. erschienen. Derselbe enthält neben Ergänzungen u. Berichtigungen Entfernungen und Frachtsätze für neu aufgenommene Stationen, sowie ander- weite ermäßigte Entfernungen und Frachtsätze für verschiedene Stationen des Eisenbahn-Direktionsbezirks Köln (rechtsrheinisch) und kann durch unser Tarifbureau bezogen werden.  
 Karlsruhe, den 11. Mai 1887.  
 General-Direktion.

**Groß. Bad. Staats- Eisenbahnen.**  
 Am 15. ds. Mts. gelangen zu den rheinisch-westfälisch-badischen Güter- tarifheften 1/5 vom 1. Januar cr. die ersten Nachträge zur Einführung. Die- selben enthalten neben Berichtigungen und Ergänzungen, Entfernungen und Frachtsätze für verschiedene neu aufge- nommene rheinisch-westfälische u. badische Stationen, insbesondere der demnächst zur Eröffnung gelangenden Hölenthalbahn (Freiburg i. B. — Neu- stadt i. Schw.) und für die Station Schlierbach, sowie anderweite ermäßigte Entfernungen und Frachtsätze für einige rheinisch-westfälische Stationen und Nedarrau, und können durch unser Tarif- bureau, sowie unsere Verbindungsstationen bezogen werden.  
 Karlsruhe, den 11. Mai 1887.  
 General-Direktion.

E. 493.2. Nr. 1283. Karlsruhe.  
**Cementarbeiten.**  
 Wir vergeben die Herstellung einer Rinne aus Cementbeton unter der Brücke des Mittelbruchsgrabens bei der Wielandstraße in Karlsruhe. An- schlag der Arbeiten 800 Mark. Plan und Bedingungen liegen auf unserm Bureau, Wörthstraße 10, auf.  
 Angebote wollen bis längstens **Sonntag den 21. Mai, Vormittags 10 Uhr,** anber eingereicht werden.  
 Karlsruhe, den 4. Mai 1887.  
 Großh. Kulturinspektion.

E. 454.2. Nr. 3339. Bruchsal.  
**Aufsichtsstelle für Korbmacherei.**  
 Bei der unterzeichneten Verwaltung ist die Stelle eines Aufsichters alsbald zu besetzen.  
 Bedingte junge Männer, nicht über 35 Jahre alt, die in der Korbmacherei auf bewandert sind und Unterricht darin ertheilen können, wollen sich unter Vor- lage von Leumunds- und Gesundheits- zeugniss, Militärpapieren innerhalb 10 Tagen melden.  
 Bruchsal, den 7. Mai 1887.  
 Gr. Männerzucht-Haus-Verwaltung.